

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

geändertes Protokoll

41. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.03.2020
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Anwesend sind:

Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser		
Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Daniel Schwarz	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Herr Clemens Torno	AfD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm JHA stellv. BD		
Frau Andrea Lang		
Frau Nathalie Wedlat	JHA BD	
Frau Sabine Samuray	Jugendamt	Vertretung für: Frau Monika Goral
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Herr Armin Gaspers	JHA beratendes Mitglied	

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Der Ausschuss stimmt zu, dass Frau Graß als Sprecherin der AG Tagesbetreuung zur Beratung im nicht-öffentlichen Teil (TOP 11) teilnimmt.

Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

zu 2 Mehrgenerationenhäuser stellen sich vor

Frau Samuray (stellv. AL Jug) informiert einleitend, dass das Bezirksamt Mitte die Finanzierung im Rahmen des Bundesprogramms zur Förderung der Mehrgenerationenhäu-

ser übernommen habe. Im Bezirk gibt es fünf dieser Einrichtungen, vier Kolleginnen stellen sich und die Umsetzung heute vor.

Dem Ausschuss werden die Strukturen, Daten, Aktivitäten und Bilder präsentiert. Dem Bundesprogramm folgend handle es sich um Orte der Begegnung, nicht um Wohnhäuser, von denen berlinweit 20 und im Bezirk Mitte fünf eingerichtet worden seien. Zur vergleichbaren Nachhaltigkeit und Evaluation seien bundesweit geltende Kennzahlen festgelegt worden.

Mit dem Jobcenter Berlin Mitte gebe es eine Kooperationsvereinbarung, die als Projekt „voneinander lernen“ die Bildung im weiteren Sinn umfasse. Den Nutzer*innen werden verschiedenartige Nutzungsmöglichkeiten angeboten, z.B. sportliche Aktivitäten, Kiezspaziergänge bzw. -probiertgänge, Computer mit Internetzugang; Basteln, Lesen und anderes. Die Angebote stehen Bezirksübergreifend zur Verfügung. Themenspezifische Förderungen in Form von Seminaren oder Schulungen werden häufig für eine bestimmte Altersgruppe beschieden. Es werde jedoch geprüft, ob die Öffnung für andere Altersgruppen sinnvoll sein könnte. So können beispielsweise Jugendliche den älteren Nutzer*innen bei Computerkursen helfen, u.a.. So nehmen beispielsweise Erwachsene auch gern Kinder und Enkel mit.

Sofern sich Jugend- und Freizeitzentren in der Nähe befinden, werden diese für gemeinsame Aktivitäten mit einbezogen. Es gebe auch konkrete Vereinbarungen mit der Jugendhilfeplanung.

Die hohe Nachfrage und das Engagement wirken sich positiv auf die Fortführung des Projekts aus. Die Ländernetzwerke haben den Bedarf an solchen Begegnungsorten belegen können, sodass über die Befristungen hinaus das Programm verlängert worden sei. Demnächst stehe diese Prüfung wieder an.

zu 3 Genehmigung des Protokolls

zu 3.1 zur 37. Sitzung am 07.11.2019 (übersandt am 28.02.2020)

Die Niederschrift wurde einstimmig angenommen.

zu 3.2 zur 38. Sitzung am 05.12.2019

Der TOP wird vertagt.

zu 3.3 zur 39. Sitzung am 09.01.2020

Der TOP wird vertagt.

zu 3.4 zur 40. Sitzung am 12.02.2020

Der TOP wird vertagt.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 des JHA-Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass er zur nächsten Sitzung des JHA einen Entwurf zur „Geschäftsordnung Jugendhilfeausschuss“ vorlegen werde. Er habe sich dazu mit Herrn Ottenberg, der u.a. am Praxiskommentar arbeite, beraten.

zu 4.2 des Bezirksamtes

Frau BzStRätin Reiser ergänzt den vorab übersandten Bericht des Bezirksamts.

Badstraße 10:

Der offene Betrieb des Jugendclubs in der Badstraße müsse weiterhin geschlossen bleiben. Die Personalauswahlgespräche finden bereits statt.

Aktionswochen gegen Rassismus:

Frau BzStRätin Reiser lädt zu den Aktionswochen gegen Rassismus ein. Diese finden in diesem Jahr vom 14.-23.03.2020 statt. In dem vorab übersandten Bericht habe sich ein Tippfehler eingeschlichen.

Der Auftakt erfolge am 14.03.2020 ab 15:00 Uhr im ZK/U in Moabit.

Es werde viele verschiedene Aktionen, auch zum Mitmachen, geben.

Programmhefte zur Veranstaltung liegen aus und können mitgenommen werden.

JARA:

Die Sondernutzungsgenehmigung vom Straßen- und Grünflächenamt (SGA) liege vor. Die Einverständniserklärung der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) als Eigentümerin des Hauses der Statistik liege ebenfalls vor. Der Dienstleister für den Containertransport gewährleiste den Umzug Ende März 2020. Das Baugenehmigungsverfahren sei eingeleitet worden.

Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP):

Auf Nachfrage von Frau Graß zur Aussicht, einen Antrag auf Erneuerung des halboffenen Spielplatzes der Kita in der Gottschedstraße zu stellen, erläutert Herr Lehmann (Jug), dass die Kapazitäten im SGA leider nicht vorhanden seien. Neue Maßnahmen können daher nicht aufgenommen werden. Eine Förderung für Eigenleistungen der Kita sei bei Sanierung nicht möglich.

Die bereits im letzten Jahr angekündigten Mittel konnten nicht durch Maßnahmenplanungen unterlegt werden.

Frau Schrader bittet dieses Thema in den Themenspeicher aufzunehmen und Vertreter des SGA dazu einzuladen.

Der Vorsitzende nimmt das Thema auf und werde mit der Abteilungsleitung sprechen.

zu 5 **Berichterstattung aus den AG'en 78** **- Antrag der AG Tagesbetreuung**

Frau Homann, AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit

Die AG habe sich in der letzten Sitzung mit Jugendlichen im öffentlichen Raum sowie mit der Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum beschäftigt, insbesondere im Hinblick auf die neuen Produkte im Jugendförder- und Beteiligungsgesetz. Im weiteren Jahresverlauf sollen die Bedarfe herausgearbeitet das Angebot an mobiler Jugendarbeit entwickelt werden.

Frau Smuga, AG Familienzentren

Frau Smuga verliest die vorab übersandte Stellungnahme (Anlage zur Sitzung).

Die Abstimmung werde vertagt mit der Bitte, ggf. Änderungen vorzunehmen.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erschließe sich die Notwendigkeit nicht, die Globalsumme anhand der Allgemeinregelungen des § 16 SGB VIII infrage zu stellen. Im Jugendhilfeausschuss seien konkretisierende Rechtsgrundlagen diskutiert und durch Maßnahmen untersetzt worden.

Herr Kühbauer, AG Kiezplenum / Sparrplatz

Die AG habe sich mit der terminlichen und inhaltlichen Jahresplanung beschäftigt, auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Hanau. Die Schwerpunkte seien Jugendarbeit für Menschenrechte, diskriminierungsfreie Bildung und Rechtsextremismusprävention.

Frau Graß, AG Tagesbetreuung

Frau Graß nimmt Bezug auf die bereits erfolgten Berichte zum Unmut der Kollegen aus

den Kindertagesstätten der freien Träger zur Erteilung der Hauptstadtzulage im November 2020, aus der diese ausgeschlossen seien. Auf Landesebene sei vereinbart worden, dass die Sprecher je Bezirk den vorab übersandten Antrag (Anlage zur Sitzung „Hauptstadtzulage“) in den bezirklichen Jugendhilfeausschüssen beraten und wenn möglich die Zustimmung einholen.

Frau BV Schrader (DIE LINKE) schildert, dass bei bisherigen Engagements der BVV bezüglich des Weiterreichens von Mitteln aus Tarifabschlüssen an die freien Träger und damit verbunden die Weiterreichung der Mittel an die Beschäftigten der Eingriff in die Tarifautonomie der Träger kritisiert werde. Sie erkundigt sich nach dem Sachstand in diesem Fall. Dem Antrag schließe sich ihre Fraktion an.

Frau Graß informiert, dass dieser Aspekt nicht einbezogen worden sei, da der Tarifvertrag nicht berührt werde.

Frau Depil (BüDep) sieht die Schaffung einer Konkurrenz zu den freien Trägern und finde diese sehr bedenklich. Der Senat habe die Hauptstadtzulage mit der Erhöhung der Attraktivität der Stellen beim Land Berlin begründet.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag als Empfehlung an den Senat formuliert sei und eine rechtliche Prüfung einschließe. Er schließe nicht aus, dass eine rechtskonforme Anpassung möglich sei und halte den Antrag somit für sinnvoll.

Herr Wichert weist darauf hin, dass die AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit sich voraussichtlich in zwei Wochen dem Antrag anschließen werde.

In der weiteren Debatte wird von Frau BV Schrader (DIE LINKE) und Herrn BV Schwarz (SPD) die Notwendigkeit betont, die Zulage an die Beschäftigten weiterzureichen. Frau Graß bestätigt, dass der Antrag dieses Ziel verfolgt.

Der vorliegende vorgeschlagene Antragstext der AG Tagesbetreuung wird ergänzt um folgenden Satz:

„Es soll darauf hingewirkt werden, dass diese Zulage auch bei den betreffenden Beschäftigten ankommt.“

Der ergänzte Antragstext wird einstimmig angenommen und in die BVV eingebracht.

zu 6 Aktuelle Viertelstunde

Es liegen keine Nachfragen und Mitteilungen vor.

zu 7 Tarifabschluss vollständig an Beschäftigte bei freien Trägern weitergeben (Bezugnahme DS 1792/V)

Die VzK 1792/V war Ende des Jahres 2019 in die BVV eingereicht und noch vor der Sitzung wieder zurückgezogen worden, um sie zu überarbeiten. Bevor die überarbeitete Fassung eingereicht wird, soll der JHA darüber informiert werden. Der Beschluss 1792/V beinhalte zwei Aufforderungen an das Bezirksamt, die vollständige Weitergabe der Tarifiersteigerung an die Beschäftigten sowie die Vorgabe, ab dem Haushaltsjahr 2022/23 Leistungsvergaben nur noch an Arbeitgeber mit Tarifbindung vorzunehmen. Das Bezirksamt sei der ersten Aufforderung inzwischen nachgekommen. Zu besprechen sei der zweite Teil.

Herr Dehnert (BA Mitte, Jug) stellt den aktuellen Sachstand zur Vergütung vor. Etwa 2/3 der Träger vergüte bereits analog zum TV-L. Das Jugendamt erstatte bis zur Höhe des im TV-L genannten Betrages und kalkuliere Tarifsteigerungen ein. Sollten die eingestellten Beträge nicht ausreichen, werde auf Rückstellungen verwiesen. Darüberhinausgehende Differenzbeträge seien unwahrscheinlich und wenn doch, dann minimal.

Die Weitergabe der Tarifsteigerung an die Beschäftigten werde als Zweckbindung beschieden, dass ein Verstoß als nicht zweckgerechte Verwendung der Mittel geahndet

werden könne. Die Senatsverwaltung bestätige diese Praxis.

Das Jugendamt verfolge das Ziel, allen Trägern die Möglichkeit zu geben, nach TV-L zu vergüten. Da es Träger gibt, die nach Haustarif vergüten und zusätzliche Förderungen erhalten, muss rechtzeitig geplant und der Prozess eingeleitet werden. Eine Möglichkeit sei, einen Mindeststandard und somit einen Vergütungskorridor anzusetzen, der 95% des TV-L beinhalte.

Frau Depil (BüDep) greift das Argument des Eingriffs in die Tarifautonomie auf und merkt an, dass der avisierte Beginn mit dem Haushaltsjahr 2022/23 für kleine Träger zu kurzfristig sei. Sie sehe ein Problem in der Vielfalt der Träger und der Gleichbehandlung der Mitarbeitenden. Weiter verweist sie auf die Problematik der defizitären Gesamtkostenbewirtschaftung bei Festschreibung der Personalmittelverwendung. Sie erinnert an die auch von der AG 78 Jugendarbeit wiederholt vorgetragene Unterausstattung der Angebote in den Kostenpositionen Sach- und Gemeinkosten. Frau Lang sehe ebenfalls eine große Herausforderung für die kleinen Träger.

Der Vorsitzende verweist auf die Debatte im Ausschuss vor Beschlussfassung der BVV. Es sei eine gestreckte Umsetzung vereinbart worden, um die kleinen Träger mit einbeziehen zu können. Die entsprechenden Mittel würden bereitgestellt.

Herr BV Schwarz (SPD) bekräftigt, dass es das Ziel war, auch die kleinen Träger zu unterstützen. Er erkundigt sich, wie viele große Träger Hausverträge nutzen, die deutlich unter dem TV-L liegen.

Frau BzStRätin Reiser erläutert, dass das Jugendamt sich intensiv mit den Möglichkeiten beschäftigt habe, den Beschluss 1792/V umzusetzen. Der Mindeststandard von 95% sei ein Weg, die auch heute vorgetragenen Argumente hinsichtlich der kleinen Träger zu berücksichtigen. Es sei ein langer Prozess, der mit 95% beginne und sich zu 100% entwickeln soll.

Der Vorsitzende stellt zur Diskussion, die Vielfalt der Träger gegen die vollumfängliche Vergütung analog TV-L abzuwägen. Den kleinen Trägern stehe es zudem offen, in die öffentliche Verwaltung zu gehen. Das sollte jedoch nicht zulasten der Innovation gehen.

Frau Depil weist darauf hin, dass die Bezirke unterschiedlich handeln und damit die Gefahr der Ungleichbehandlung innerhalb des Trägers bestehe.

Frau BzStRätin informiert, dass die heute vorgestellt Vorlage zur Kenntnisnahme 1792/V als Zwischenbericht in die BVV eingehe. Die Diskussion sei somit noch nicht abgeschlossen. Es wird angeregt, über die heute vorgetragenen Vorschläge erneut zu beraten.

Frau BV Schrader (DIE LINKE) informiert, dass diese Debatte auch auf Landesebene geführt werde. Zur Einleitung des Prozesses sei für das Jahr 2021 ein Budget von 5 Mio. € vorgesehen.

Herr Dehnert weist darauf hin, dass die Träger nur dann zur Vergütung analog TV-L verpflichtet werden können, wenn diese Bedingung bereits in der Ausschreibung als Auswahlkriterium genannt worden war.

Die Tarifbindung und damit die Erweiterung der Auswahlkriterien im Vergabeprozess sollte durch einen Beschluss des JHA bestätigt werden.

Vor dem Hintergrund, dass in den Bezirke unterschiedlich verfahren werde, stimmen Bezirksverordnete und Jugendamt darin überein, dass der Bezirk Mitte hier als Beispiel vorangehen sollte.

zu 8 Beratung von Drucksachen

zu 8.1 Neuköllner Handlungskonzept als Vorbild für Mitte Drucksache: 2300/V

Frau BzStRätin Reiser berichtet, dass das Modell in Neukölln nicht in den Bezirk Mitte

übertragbar sei, da die Rahmenbedingungen nicht die gleichen seien.

Da Interesse an der Vorstellung des Projekts und des Modells in Neukölln besteht, wird der TOP auf den 07.05.2020 vertagt.

zu 9 Verschiedenes

Es liegen keine Themen vor.

Nichtöffentlicher Teil

zu 10 Sachstand IBV Triftstr. 12

Der Ausschuss stimmt der Teilnahme von Frau Grass zu.

Das Jugendamt berichtet zum aktuellen Sachstand.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin